Leipziger Tageblatt
und
Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

115. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, viertel jährl. M. 30.—; für Abholer monatl. M. 9.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 4.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandsversand: monatlich M. 18.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf. Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50 u. ausw. M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7200. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 31 — Mittwoch, den 19. Januar — 1921

Loucheur für Zwangsverwaltung Deutschlands

Paris, 19. Januar. (Eigene Meldung.) Der Minister für die befreiten Gebiete, **Loucheur**, gewährte dem Vertreter des „Pariser Journal“ eine Unterredung, worin er sich ausführlich über das **Entschädigungsproblem** äußerte. Loucheur sagte, wenn Deutschland so weiter wirtschaftet, wird der Markt durch immer neue Ausgaben von Papiergeld fortgesetzt verschlechtert, und wenn es keine Anstrengungen macht, sein Defizit auszugleichen, wird es eines Tages den Bankerott erklären. Aber so lange wird die Entente nicht warten, denn die Entente und namentlich Frankreich haben das größte Interesse an der Wiederaufrichtung Deutschlands, und sie werden nicht davor zurückschrecken, alle erforderlichen Maßnahmen mit Amerika durchzuführen. Loucheur antwortete dann mit **Plänen für die Uebernahme der Verwaltung durch die Entente.** Man werde zunächst **die Mark auf ihren wirklichen Wert herabsetzen**, das heißt, sie wird dann nur noch den vierten oder fünften Teil ihres wirklichen nominellen Wertes von heute haben. Zunächst werde man **das deutsche Budget in Ordnung bringen.** Dazu gehören: sofortige Erhöhung der deutschen Eisenbahntarife, der Postgebühren und der Steuern, um die Steuern auf die gleiche Höhe zu bringen, die der französische Staatsbürger zu zahlen hat. Eine **Bezahlung in Fertigfabrikaten sei nicht möglich, weil dadurch die französische Industrie allzusehr geschädigt werden würde.** Aber wohl könne Deutschland den größten Teil seiner **Ersatzleistung durch Kohlen** abtragen. Er habe sich über die deutsche Kohlenförderung genau unterrichtet und sei zu der Ansicht gekommen, daß **Deutschland eine jährliche Rate von acht Milliarden Mark** in Kohlen bezahlen könne. Man habe jetzt genügend hin und her geredet, die Zeit zum Handeln sei gekommen, und Frankreich sei bereit, Deutschland unumwunden zu erklären, daß es entschlossen sei, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Entschädigung von Deutschland zu erhalten.

Deutschlands guter Wille

Nachdem Frankreich seine Ministerkrise überwunden hat, setzt die französische Presse mit bekannter Zähigkeit zu einer Aktion ein, die Deutschland den französischen Wiedergutmachungswünschen geneigt machen soll. Die Aktion ist geschickt eingeleitet, und man hat von Paris aus verstanden, auch einen Teil der deutschen öffentlichen Meinung im voraus für die französischen Pläne einzunehmen. Frankreichs Hauptbestreben ist darauf gerichtet, die Gesamtsumme der **Wiedergutmachung** jetzt noch nicht festzusetzen. Daraus spricht natürlich die stille Absicht, bei fortschreitender Wiedererstarkung Deutschlands die französischen Ansprüche zu steigern. Aber das ist sozusagen ein kleiner Hintergedanke. Ausschlaggebend für die französischen Politiker dürfte es sein, daß niemand von ihnen den Mut hat, die demagogische Losung „les boches payeront tout“ (die Deutschen werden alles bezahlen) als Schwindel zu entlarven. Es ist also letzten Endes die Angst vor dem Acheron des eigenen Landes, der die französischen Staatsmänner einem **Provisorium** zustreben läßt.

Allmählich ist ja nun klar geworden, wie sich die Herrschaften dieses Provisorium denken. Man hat zu diesem Zwecke einen Versuchsballon aufsteigen lassen, indem man einen Vorschlag lancierte, wonach Deutschland sich verpflichten soll, **fünf Jahre lang drei Milliarden Goldmark** zu entrichten. Bei dem Stande unserer Wirtschaft ist diese Forderung ein heller Wahnsinn. Wenn Frankreich hier unseren „guten Willen“ fordert, so kommt einem das ungefähr so vor, wie wenn man einen Menschen des bösen Willens bezichtigt, weil er sich weigert, sich selber die Kehle durchzuschneiden. Deutschland hat durch die Erfüllung des Spa-Abkommens seinen guten Willen wahrlich bewiesen. Eben jetzt werden fortlaufend die Antworten auf die 41 **Fragen von Brüssel** erteilt, und diese gründlichen, streng sachlichen Auskünfte zeigen wohl zur Genüge, daß der Vorwurf des mangelnden guten Willens ein törichtes Geschwätz ist. Die Festlegung auf eine vorläufig 5 Jahre hindurch zahlbare Summe bedeutete (selbst wenn sie tief unter dem französischen Vorschlag läge) für Deutschland die Fortdauer des jetzigen Zustandes der Ungewißheit. Alle Finanzsachverständigen sind sich darin einig, daß die anhaltende Unsicherheit in hohem Maße lähmend auf die Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft und des deutschen Kredits wirken müßte. Es wäre also ein neues furchtbares Opfer, das hier Deutschland zugemutet würde.

Nun scheint es aber Tatsache zu sein, daß **England**, das bis vor kurzem der lebhafteste Verfechter der **sofortigen Festsetzung** einer Gesamtsumme war, sich abermals den französischen Absichten anbequemt hat. Die deutsche Politik stände also bei einer grundsätzlichen Ablehnung eines Provisoriums vermutlich einem geschlossenen Widerstande gegenüber. Ob Deutschland aber entgegen allen seinen Interessen einem Provisorium zustimmen kann, das hängt von der klaren Beantwortung jener fünf Fragen ab, die der Staatssekretär **Bergmann** in Brüssel als **Voraussetzung für jede Wiedergutmachung** aufgestellt hat. Diese Fragen handeln vom Schicksal **Oberschlesiens**, der Sicherstellung des **deutschen Eigentums im Auslande**, von den ungeheuerlichen Kosten der fremden **Besatzungsarmeen**, von der Freiheit des deutschen **Welthandels** und von der Rückgabe eines bestimmten **Schiffsraumes**. Nur wenn diese Fragen in zweifelsfreier und zufriedenstellender Weise von der Entente beantwortet werden, ist der Gedanke eines Provisoriums diskutabel. Darüber dürfte es in Deutschland wohl keinerlei Meinungsverschiedenheiten geben. Keine deutsche Regierung könnte ohne die Klarstellung dieser fünf Punkte irgendeine Verpflichtung übernehmen. Der deutsche gute Wille hat mindestens die Ansätze zur Vernunft auf der Gegenseite zur Voraussetzung. Natürlich ist es auch undenkbar, daß nun die Festsetzung der Gesamtsumme volle fünf Jahre hinausgeschoben wird. Die Entente müßte mindestens gleichzeitig die bindende Verpflichtung übernehmen, noch **während** der Dauer des Provisoriums ihre Gesamtsumme zu nennen.

Geheimrat Wiedfeld fährt nach Paris

Berlin, 19. Januar. **Neben dem Staatssekretär Bergmann ist auch der Direktor der Krupp-Aktiengesellschaft, Geheimrat Wiedfeld, als Unterhändler der deutschen Regierung in der Reparationsfrage nach Paris gefahren.**

Diese Ernennung Geheimrat Wiedfelds, der lange Zeit an hervorragender Stelle im Reichswirtschaftsamt und Reichswirtschaftsministerium gestanden hat, und, wie noch erinnerlich, bei der Zusammenstellung des letzten Kabinetts einer der begehrtesten Männer für den Posten des Reichswirtschaftsministers oder des Reichsschatzministers war, beweist, daß die **deutsche Regierung** diesen Verhandlungen eine ganz **besondere Bedeutung** beimißt und von ihnen Resultate erhofft, die unter Umständen die Notwendigkeit der Fortsetzung der eigentlichen Brüsseler Verhandlungen völlig aufheben könnten. Geheimrat Wiedfelds Einverständnis mit seiner Ernennung dürfte gleichfalls beweisen, daß auch er sich von diesen Verhandlungen Erfolg verspricht. Da die französische Regierung vor einiger Zeit in Berlin offiziell anfragen ließ, wie sich das deutsche Kabinett zu den in Brüssel überreichten Vorschlägen des französischen Unterstaatssekretärs Seydoux stellte, darf wohl mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß dieses Projekt mit Einverständnis der deutschen Regierung als Verhandlungsbasis akzeptiert worden ist. Damit hätte **Deutschland auf seinen bisherigen Standpunkt verzichtet, daß die Feststellung der Gesamtverpflichtung Deutschlands Vorbedingung für die Verhandlungen** sein müßte. Die deutsche Regierung wäre in diesem Falle damit einverstanden, daß zunächst einmal für fünf Jahre ein bestimmter Betrag vereinbart wird, der durch Warenlieferung und sonstige Leistungen, nicht aber durch Geld abzubürden wäre. Immerhin hat aber die deutsche Regierung, wie zuverlässig verlautet, zur Voraussetzung des Eingehens auf das Seydouxsche Verhandlungsprojekt die Bedingung gestellt, daß über die Höhe der Jahreszahlungen erst noch verhandelt wird, und daß zuerst die Feststellung der faktischen Leistungsfähigkeit Deutschlands durch die Beantwortung der an die Entente gestellten Fragen erfolgt. Außerdem habe Deutschland verlangt, daß aus dem vorläufigen Verzicht auf die Feststellung der definitiven Schuldsumme und aus der Einwilligung in die Fixierung von Annuitäten für die Dauer von 5 Jahren nicht etwa geschlossen werden dürfe, daß Deutschland mit der Aufschiebung der weiteren Verhandlungen über die definitive Gesamtsumme seiner Verpflichtungen bis zum Ablauf jener 5 Jahre einverstanden sei.

Die Vorbesprechungen in Brüssel

Brüssel, 19. Januar. Wie die „Dernière Heure“ meldet, hatten die deutschen Delegierten wegen des **Markumtausches** eine neue Besprechung mit dem Finanzminister und dem Minister des Auswärtigen. Die Besprechung wurde bis morgen vertagt, um beiden Teilen eine Berichterstattung an ihre Regierung zu ermöglichen. Eine **Lösung** scheine bevorzustehen.

Stinnes geht nach Brüssel

Berlin, 18. Januar. Die Sonderverhandlungen seit der Vertagung der **Brüsseler Sachverständigenkonferenz** haben ergeben, daß der Frage der Durchführung der **Sachlieferungen** für die Lösung des Reparationsproblems besondere Bedeutung zukommt. An den weiteren Verhandlungen werden daher im Auftrage der Reichsregierung Herr **Hugo Stinnes** und drei weitere Vertreter der Arbeitnehmer, darunter Herr **Löffler** als Vertreter der Bergarbeiter, teilnehmen.

Die Notlage der besetzten Gebiete

Tagung des parlamentarischen Beirats für die besetzten Gebiete.

Koblenz, 19. Januar. In Anwesenheit von Vertretern der verschiedenen Reichsministerien und der Landesregierungen tagte hier gestern der parlamentarische Beirat für die besetzten Gebiete beim Reichskommissar. Nach einleitenden Worten des Staatssekretärs im Reichsministerium des Innern, Exzellenz **Lewald**, der auch der Bedeutung des 18. Januars für das Deutsche Reich gedachte, wurden die neuen Mitglieder begrüßt. Sodann erstattete der Reichskommissar für die besetzten Gebiete, v. **Stark**, den Bericht über die **Tätigkeit des Reichskommissars** im vergangenen Friedensjahre und über die heutige Lage in den besetzten Gebieten. In der folgenden Aussprache wurde zunächst die Notwendigkeit einer baldigen Fertigstellung des **Personenschadengesetzes** behandelt. Einen sehr breiten Raum nahmen die Klagen aller Beiräte über die **Uebergriffe und Lasten der Besatzung** ein. Der Reichskommissar sagte Vorstellung bei der Rheinlandkommission zu, sobald ihm die notwendigen Unterlagen zugegangen seien. Ferner wurde zum Ausdruck gebracht, daß gegenüber dem durch die Forderungen der Besatzungsarmeen verursachten **Wohnungselend** in den Städten und Gemeinden der besetzten Gebiete durch das Reich das Menschenmöglichste geleistet werden müsse. Der parlamentarische Beirat soll nach den Wahlen zum preußischen Landtag wieder zusammentreten.

Hohenzollern-Legenden. In Wien, der erfolgreichen Brutstätte von Zeitungsenten, war kürzlich die Meldung zusammengebraut worden, der vormalige **deutsche Kaiser** und der **Kronprinz** hätten eine Verschwörung unternommen, und Holland wolle, daß beide das Land sobald als möglich verlassen. Das halbamtliche Telegraphenbureau der holländischen Regierung erklärt, die Meldung entbehre jeder Begründung.

Amerika, der Bankier der Welt

Zur **Aufwärtsbewegung des Markkurses.**

Seit einigen Tagen ist eine auffallende Aufwärtsbewegung der Mark an sämtlichen Auslandsbörsen, so vor allem in New York, Paris, Zürich und Amsterdam, festzustellen. Die Gründe hierfür liegen vornehmlich teils in der New Yorker Markspekulation, teils in dem Abschluß des holländischen Kreditabkommens. Die Aufwärtsbewegung zeigte sich auch bei den Berliner Großbanken im gestrigen Vormittagsverkehr, wo in Auslandswechseln starkes Angebot war.

Als die Amerikaner sahen, daß nach dem Weltkriege niemand außer ihnen mehr große Reichtümer besaß, kamen sie auf den Gedanken, hartherzig zu werden und all ihr Geld nur noch in der eigenen Wirtschaft arbeiten zu lassen, da das verarmte, in sich stets uneinige Europa doch keinen Kredit mehr verdiene. Aber auf Geldsäcken schläft es sich nur schlecht. Die Amerikaner merkten bald, daß zwar niemand sie hindern konnte, ihr Geld für sich zu behalten, und damit eine umfangreiche Produktion im eigenen Lande zu organisieren, daß aber infolge dieser Handlungsweise niemand mehr imstande sein würde, ihnen die produzierten Waren abzunehmen. Je größer der amerikanische Reichtum an Geld und Waren wurde, desto mehr stieg der Dollar im Kurse gegenüber allen andern Geldzeichen der Welt. Aber gerade die Valutaübermacht des Dollars raubte den Abnehmern der amerikanischen Waren immer mehr die Kaufkraft. Amerika geriet in eine gewaltige **Absatzkrise**, die die ganze Produktion des Landes, Industrie, Landwirtschaft und Handel aufs schwerste erschütterte. Die Amerikaner merkten, daß sie nur dann die Warenlieferanten der Welt sein konnten, wenn sie **zugleich ihr Bankier** zu werden sich herbeiließen. Denn die Welt, d. h. vor allem das valutakranke, aber warenhungrige Europa, kann nicht mehr gegen Barzahlung kaufen, sondern ist auf Kreditgewährung durch den Warenlieferanten angewiesen.

Seitdem diese Wahrheit von der amerikanischen Handelswelt begriffen worden ist, haben die **Amerikaner schnell umgelernt**. Sie sind jetzt bereit, Europa mit großen Krediten zu helfen, trotzdem es noch immer so uneins ist wie zuvor, und trotzdem seine Kreditwürdigkeit inzwischen ganz gewiß auch nicht größer geworden ist. Man hat in Amerika unter Führung der maßgebenden Industrie- und Handelsorganisationen des Landes eine **Außenhandelsbank** ins Leben gerufen, der zur Finanzierung des amerikanischen Exportgeschäfts Kapital bis zu **einer Milliarde Dollar** zur Verfügung gestellt worden ist. Das ist, in die deutsche Valuta umgerechnet, fast so viel, wie der gesamte deutsche Papiergeldumlauf beträgt. Amerika hat sich auf seine Pflichten als Weltbankier noch rechtzeitig besonnen.

Aber noch eine andere gute Folge hat die amerikanische Geschäftskrise gehabt. Seitdem die Amerikaner gemerkt haben, daß die Valutaübermacht des Dollars, auf die sie anfangs überaus stolz waren, ihnen im internationalen Warenhandel so wenig förderlich ist wie etwa der Freiherrntitel einem Pferdehändler, legen sie auf die Erhaltung des hohen Dollarkurses keinen so großen Wert mehr. Sie sind vielmehr bestrebt, die allzu schwachen europäischen Valuten mit ihren gewaltigen Geldkräften zu stützen, damit die geldarmen Europäer sie von dem Warenüberfluß, in dem sie ersticken, wieder befreien können. Von diesem Bestreben hat auch die deutsche Mark in erfreulicher Weise Nutzen gezogen. Der **Markkurs in New York** ist von 1,22, dem Mitte November erreichten Tiefstande, bis auf 1,65 emporgetrieben worden. Die Folge davon ist, daß man jetzt in Berlin den Dollar wieder für 62 Mark kaufen kann, während man vor zwei Monaten noch 84 Mark bezahlen mußte. Die Wirkungen werden sich bald zeigen: Deutschland wird mehr amerikanische Produkte kaufen können, Amerika aber wird seinen Warenüberfluß loswerden und wieder produzieren können. Beide Teile finden dabei wirtschaftlich ihren Vorteil. Nicht Liebe und Haß, sondern Hunger und Durst regieren eben die Wirtschaftshandlungen der Völker.

Die englisch-amerikanischen Verhandlungen

London, 19. Januar. (**Eigener Drahtbericht.**) In den englisch-amerikanischen Verhandlungen, die Lord **Calmers** im Auftrage der englischen Regierung führt, ist ein gewisser Stillstand eingetreten. Auf amerikanischer Seite hat sich gegen die von England geplante Regelung eine Abneigung bemerkbar gemacht, die sich besonders an das englische Verlangen richtet, daß die Vereinigten Staaten nicht allein den **Aufschub der Zinszahlungen** gewähren, sondern außerdem die **deutschen Schuldobligationen**, die England erhalten werde, in Zahlung nehmen und dafür gleiche Beträge der englischen Staatsschuld freigeben soll. Es ist aber wahrscheinlich, daß Amerika England gestatten wird, seine ganze Schuld in Amerika zu fundieren, und zwar zu einem Zinsfuß von 5½ Prozent mit einer Zahlungsfrist von 40 Jahren. Die entscheidenden Verhandlungen werden aber erst beginnen, wenn Harding die Präsidentschaft angetreten hat.

Günstiger Verlauf der japanisch-amerikanischen Verhandlungen

Amsterdam, 19. Januar. (**Eigener Drahtbericht.**) Die Verhandlungen zwischen **Japan** und **Amerika**, die sich dadurch schwierig zu gestalten drohten, daß man in **Kalifornien** durch Referendum den Japanern den Besitz von Land verboten hatte, scheinen einer befriedigenden Lösung entgegenzugehen. Es soll nämlich **dieses Verbot** nicht auf Japan beschränkt bleiben, sondern **auf alle anderen Länder ausgedehnt** werden. Japan ist seinerseits bereit, ein Gesetz zu erlassen, das den Japanern die **Einwanderung** nach den Vereinigten Staaten **untersagt**. Die Verhandlungen, die von den Botschaftern **Morris** und **Shidehara** geführt wurden, sind bereits so weit gediehen, daß der amerikanische Vertreter